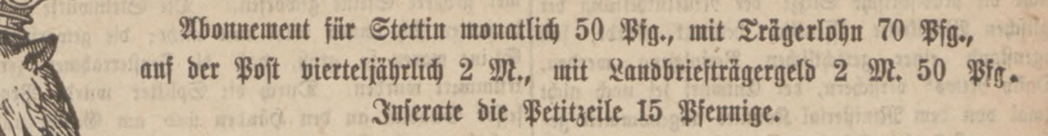
Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.


Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 M., mit Landbriefträgergeld 2 M. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 16. Oktober 1884. Nr. 484.

Die deutschen Postsparkassen in Sicht.

Nachfolgender Artikel geht uns zur Veröffentlichung zu:

Wir werden plötzlich durch die Zeitungen mit der Nachricht überrascht, daß unter den Gesetzesvorlagen, die dem demnächst zu einer Sitzung zusammentretenden Staatsrath zur Vorberathung unterbreitet würden, auch diejenige betreffend Einführung der Postsparkassen sei. Wenn die Vorlage im Staatsrathe durchberathen ist, wird sich wohl der neue Reichstag damit zu beschäftigen haben. Die Vorlage ist von größerer Bedeutung, als manche Sparkassen-Verwaltung ahnt.

Selbstredend kann Keiner, der für das allgemeine Wohl, zumal der Arbeiter, eintreten, für die Erweckung des Sparsinns in allen Schichten der Bevölkerung wirken will und überhaupt für die Erleichterung des Sparens ist, sich gegen die Errichtung von Postsparkassen aussprechen, im Gegentheil muß er sich unter Umständen damit einverstanden erklären.

Ob aber die Postsparkasse sobald einzuführen nöthig und den bestehenden Gemeinde- und Kreis-Sparkassen nicht eine Frist zu stellen ist, in welcher sie die von vielen Sparkassen bereits in Angriff genommenen Ergänzungen und Verbesserungen ihrer Einrichtungen vornehmen und einführen können, ist eine andere Frage. Und dieser möchten wir — und mit uns gewiß viele Sparkassenfreunde — das Wort reden. Denn daß die Postsparkassen den Gemeinde- und Kreis-Sparkassen eine im Voraus nicht annähernd zu schätzende und keineswegs zu unterschätzende Konkurrenz machen wird, ist zweifellos. Es ist die Konkurrenz aber für die bestehenden Gemeinde- und Kreis-Sparkassen weniger gefährlich, wenn denselben die erforderliche Zeit gelassen wird, die nothwendigen Ergänzungen zu vollziehen. Diese sind: 1) die Einführung der Uebertragbarkeit der Einlagen, also des erleichterten Verkehrs sämmtlicher Sparkassen untereinander und somit im Interesse des Sparers, der dann — ähnlich wie bei der Post — seine Ersparnisse ohne Zinsverlust überall erheben kann, wenn er verzieht und dies anmeldet; 2) die Vermehrung der Spargelegenheit durch Errichtung von Sparstellen (Unterempfangsstellen), oder durch Errichtung von Pfennigsparkassen, und 3) die Herabsetzung des geringsten Einlagesatzes und Normirung desselben für alle Sparkassen.

Sehr viele Sparkassen sind nun in den letzten Jahren mit diesen Einrichtungen bereits vorangegangen und werden, nachdem sich solche anderwärts bewährt haben, die übrigen Sparkassen wohl sicher folgen.

Daß bei uns in Deutschland die Errichtung einer Postsparkasse viel weniger eilt und nicht in dem Maße gerechtfertigt ist, wie in anderen Ländern, ist klar; denn kein Land kann ein so ausgebildetes und auf so soliden Grundlagen ruhendes Sparkassensystem aufweisen, wie Deutschland. Zugegeben muß allerdings werden, daß viele Sparkassen nach und nach mehr oder weniger Bankinstitute und vielfach der zinstragende Geldschrank der bemittelten Klassen geworden sind; indessen ist man auf der Umkehr begriffen, wie die vielseitige Errichtung der Pfennig-Sparkassen und die Herabsetzung des geringsten Einlagesatzes, sowie die gleichfalls vielfach angestrebte Verkehrserleichterung durch Uebertragbarkeit der Einlagen, welche auch den diesjährigen deutschen Sparkassentag in Weimar beschäftigte, beweisen dürfte.

Es ist nun noch Eins ganz besonders hervorzuheben, was gegen die baldige Einführung der Postsparkasse entschieden spricht und was wohl in hohem Maße Berücksichtigung verdient. — Bisher wurde bei allen Gemeinde- und Kreis-Sparkassen der Gewinn zum Theil im Interesse der betreffenden Gemeinde verwendet, es wurde somit dieser Betrag weniger an Steuern erhoben. Ferner wurde seither das in der Gemeinde ersparte Geld auch in der Gemeinde, je nach Bedarf, als Darlehn an Gemeinde-Eingesessene, verliehen. Wie aber wird dies bei Einführung der Postsparkasse sich gestalten? Die Gemeinde-Sparkassen werden in Folge der Konkurrenz weniger Einlagen und somit weniger Ueberschuß aufweisen. Es muß somit die Gemeinde das Defizit durch Steuerumlage ersetzen und es wird außerdem das Geld, das bis jetzt zu Darlehn in der Gemeinde Verwendung fand, nächstens fehlen und werden dann gerade die kleinen Gemeinde-Eingesessenen, welche ein kleines Darlehn erhielten, dies nicht mehr in der Gemeinde bei der Sparkasse finden, sondern sie müssen, vielleicht unter großem Kostenaufwand, anderwärts ihr Heil versuchen und vielfach zu weit höherem Zinsfuße Geld leihen.

Es dürfte daher richtig und gerecht sein, den bestehenden Gemeinde- und Kreis-Sparkassen genügend Zeit zu lassen, eine Reorganisation durchzuführen, die bereits allgemein begonnen hat; demnach dürfte die Postsparkasse, wenn deren Einführung beschlossen werden sollte, nicht sofort, sondern frühestens erst nach etwa 2 Jahren in Thätigkeit kommen, um die Gemeinde- und Kreis-Sparkassen in der richtigen und verdienten Weise zu schonen.

Daß durch die Einführung der Postsparkasse die Spargelegenheit noch vermehrt wird, ist klar; indessen wird dies durchaus nicht in dem Maße geschehen, als dies der Fall ist, wenn die Gemeinde- und Kreis-Sparkassen Unterempfangs- oder sogenannte Sparstellen oder Pfennig-Sparkassen gründen. Um dies zu beweisen wollen wir nur ganz kurz einige Beispiele aus unserem Siegerlande anführen.

In der Stadt Siegen ist eine Pfennig-Sparkasse als Ergänzung der städtischen Sparkasse errichtet worden, welche 21 Sparstellen (sogar auf den Werken — den Arbeitsstätten) hat, an welchen zu jeder Stunde des Tages Einlagen gemacht werden können. Es sind außer dem städtischen Sparkassen-Büreau noch 21 Stellen zur Annahme von Ersparnissen vorhanden, wogegen bei Errichtung der Postsparkasse nur 1 Annahmestelle vorhanden ist, da wir nur 1 Postannahmestelle in der Stadt Siegen besitzen.

Ferner: In der Gemeinde Weidenau hat die Gemeindesparkasse in den verschiedenen Ortschaften sogenannte Spar (Sammel-)Stellen für ihre Sparkasse errichtet, und zwar bis heute fünf, wogegen nur eine Postannahmestelle im Amt Weidenau existirt.

Es geht aus diesen beiden Beispielen aus der Stadt und vom Lande schon deutlich genug hervor, daß durch die Einführung der Postsparkasse die Spargelegenheit nicht vermehrt wird in dem Maße, wie dies bei der Reorganisation der bestehenden Sparkassen möglich zu machen ist.

Die Statistik der deutschen Pfennigsparkassen (von H. Klein, Siegen) liefert (trotzdem viele Sparkassen ihre Sparstellenzahl nicht angegeben haben) schon den Beweis, daß die Spargelegenheit durch die bestehenden Kassen und durch die Pfennigsparkassen in ganz anderer Weise gefördert werden kann, als durch die Postsparkasse. Es dürfte sogar der Beweis leicht erbracht werden können, daß die Postsparkasse in Deutschland nicht nöthig wäre, wenn alle bestehenden Sparkassen reorganisirt und somit die Uebertragbarkeit der Einlagen und die Vermehrung der Spargelegenheit (sei es durch die Errichtung von Sammelstellen oder durch die Einführung von Pfennig-Sparkassen, als Ergänzung der bestehenden Kassen eingeführt sein werden.

Siegen, den 11. Oktober 1884

Knops.

Deutschland.

Berlin, 15. Oktober. Die technische Kommission für Seeschifffahrt ist zu einer Sitzung auf den 30 Oktober nach Berlin einberufen. Zur Berathung steht die Abgabe eines Gutachtens über die Lehrzeit, welche Maschinisten, ehe sie zur Prüfung zugelassen werden, in einer Maschinenwerkstatt durchmachen und nachweisen müssen; ferner eine Vorlage über die Ausrüstung der Seeschiffe mit Nahrungs- und Heilmitteln. Den Anlaß zu der letzteren Vorlage hat dem Vernehmen nach das Auftreten von Skorbut auf deutschen Kauffahrteischiffen gegeben, welches auf ungenügende Verproviantirung zurückzuführen sein soll. Die Mitnahme und regelmäßige Verabreichung von spezifischen Mitteln gegen den Skorbut, insbesondere von Zitronensaft, welche für englische und auch in anderen Marinen gesetzlich vorgeschrieben ist, ist in der deutschen Handelsmarine noch nicht obligatorisch.

— Der Kaiser wird, wie verlautet, auch in diesem Herbst wieder einer Einladung des regierenden Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode Folge leisten und der gräflichen Familie auf Schloß Wernigrode einen mehrtägigen Besuch abstatten. Während dieses Aufenthaltes werden wiederum größere Jagden abgehalten werden, die schon Mitte dieses Monats stattfinden sollten, wegen der goldenen Hochzeit in Sigmaringen aber verschoben sind. Die Ankunft des Kaisers in Wernigerode wird Ende dieses Monats oder spätestens Anfang November bestimmt erwartet.

— Am 12. Oktober fand, wie die „Kieler Ztg.“ meldet, zu Louisenlund die Verlobung der Prinzessin Auguste, ältesten Tochter des Herzogs Friedrich zu Schleswig Holstein Sonderburg Glücksburg mit Sr. Hoheit dem Prinzen Wilhelm von Hessen-Philippsthal Barchfeld, königl. preußischer Kontreadmiral à la suite, statt.

— Aus dem Wahlkreise Zittau wird berichtet, daß seitens der Zentrumspartei dort von einem deutschfreisinnigen Kandidaten als kirchenpolitische „Garantie“ die Aufnahme der abgeschafften Art. 15, 16 und 18 der preußischen Verfassung in die Reichsverfassung verlangt worden ist. Danach scheint Herr Windthorst eine neue Demonstration kirchenpolitischer Art in Szene setzen zu wollen.

— Es ist in den letzten Tagen hier mehrfach davon erzählt und gesprochen worden, daß dem vor einiger Zeit großjährig gewordenen Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg die alten Besitzungen seines Hauses in Schleswig-Holstein zurückgegeben werden sollten. Man wußte allerlei Einzelheiten zu melden: die Verhandlungen sollten durch den Oberpräsidenten Steinmann geführt worden sein, der sich deshalb jüngsthin in Berlin aufgehalten habe; der Güterverwalter des Herzogs sollte schon in Augustenburg weilen und dieser selbst in Gravenstein erwartet werden u. s. w. Ueberhaupt schien man die Sache für so einfach wie möglich zu halten, aber das ist sie keineswegs. Wenn dem Herzog Ernst Günther, als dem Bruder der künftigen preußischen Königin und deutschen Kaiserin, etwa der Titel und Rang einer „königlichen Hoheit“ verliehen werden oder ihm das Recht verliehen werden soll, auf seinem Schlosse eine Standarte des königlich preußischen Hauses zu führen, so ist das leicht durch einen Akt Sr. Majestät herbeizuführen. Eine Rückgabe der Güter könnte indeß, soweit sie überhaupt möglich ist, nur unter Mitwirkung der Landesvertretung zu Stande kommen. Das bliebe also abzuwarten. Jedenfalls muß man aber, wie andererseits mit Recht hervorgehoben wird, den Gedanken zurückweisen, als handle es sich hier etwa darum, veraltetes Unrecht gut zu machen. Allerdings hatte die dänische Regierung nach der Niederwerfung der Herzogthümer im Jahre 1851 die Augustenburger Familie ausgewiesen und ihre Güter, um die es sich jetzt handelt, nämlich die Besitzungen auf der Insel Alsen und im Sundewitt (mit Augustenburg und Gravenstein) eingezogen. Aber als Herzog Christian, der Vater Friedrichs VIII. und Großvater des jetzigen Herzogs Ernst Günther und der Prinzessin Wilhelm, am 30. Dezember 1852 seinen Frieden mit Dänemark machte, verkaufte er jene Güter für 2,250,000 preußische Thaler an die dänische Regierung. Von einem Theile der Kaufsumme hat er dann die Herrschaft Primkenau in Schlesien erworben. Wer aber eigentlich das Geld bezahlt hat, das geht deutlich genug aus Artikel 11 des Friedensvertrages hervor, den Dänemark am 30. Oktober 1864 in Wien mit Preußen und Oesterreich schloß. Es heißt da, daß „der Rest der Entschädigung für die vormaligen Besitzungen des Herzogs von Augustenburg ausschließlich von den Herzogthümern getragen werden soll“. Bei dieser Lage der Dinge wird eine Rückgabe des noch in Händen des Fiskus befindlichen Theiles der Güter (ein Theil ist längst an Privatpersonen weiter veräußert) wohl nur unter der Form möglich sein, daß Herzog Ernst Günther dieselben zurückkauft. Und dabei würde natürlich der Landtag sein Wort mitzusprechen haben.

— Die Lehrerschaft des Kreises Striegau hatte unter dem 12. v. M. eine Petition an den Kultusminister v. Goßler gerichtet, in welcher um Beseitigung der Verpflichtung, 25 Prozent der Gehaltsverbesserungsbeträge und der Alterszulagen an die Lehrer-Wittwen- und Waisenkasse zu zahlen, gebeten wurde. In Erledigung dieser Petition hat der Herr Minister, nach der „Schles. Ztg.“, unter dem 9. d. M. einem der mitunterzeichneten Lehrer zu Striegau folgenden Bescheid zugehen lassen:

„Auf das Gesuch vom 18. September d. J., um Aufhebung der von den Kassenmitgliedern der Lehrer-Wittwen- und Waisenkasse zu zahlenden Beiträge von 25 Prozent der Gehaltverbesserungsgelder und Alterszulagen erwidere ich Ihnen, daß bei Berathung des am 24. Februar 1881 erlassenen Gesetzes, durch welches der Minimalsatz für die Pensionen der Hinterbliebenen der öffentlichen Elementarlehrer von 150 Mark auf 250 Mark erhöht worden ist, alle gegen die Erhebung der gedachten Beiträge in der Eingabe geltend gemachten Gesichtspunkte reiflich erwogen worden sind. Auch sind bei Ausführung dieses Gesetzes Erfahrungen nicht gemacht worden, welche mir hinreichende Veranlassung geben könnten, schon jetzt an eine Aenderung desselben hinzuwirken. Hierbei will ich nicht unerwähnt lassen, daß die jährlichen Staatszuschüsse zu den Pensionen der Elementar-Lehrerwittwen und -Waisen nicht unerheblich sind und namentlich für die beiden Pensionskassen der dortigen Provinz den Betrag von 110,000 Mark im Rechnungsjahr 1883—84 überstiegen haben. Hiernach überlasse ich Ihnen, die Mitunterzeichner der Vorstellung mit Nachricht zu versehen.

v. Goßler.“

— Wie dem „Hannoverschen Courier“ telegraphirt wird, ist der deutsch-griechische Handelsvertrag abgeschlossen und in seinen Details in den letzten Tagen festgestellt und unterzeichnet worden; er wird demnächst dem Bundesrath vorgelegt werden. Der Vertrag enthalte erhebliche Konzessionen auf dem Gebiete der namhaftesten deutschen Exportartikel.

— Man schreibt der „National-Zeitung“ aus Brüssel:

„Es geht das Gerücht, daß die Kongo-Konferenz in Berlin den freien Schifffahrtsverkehr auf dem Kongo beschließen wird. Hinsichtlich dieses Gegenstandes erscheint es nun von Wichtigkeit, folgende Gesichtspunkte hervorzuheben. Das an der Mündung des Flusses gelegene Gebiet ist bekanntlich bis nach Boma oder Nokki im Besitze von Negerfürsten geblieben. Richtig ist, daß Portugal dieses Gebiet in Anspruch nimmt, diese Ansprüche sind jedoch niemals gerechtfertigt oder für zuläßig erachtet worden.

Man weiß freilich noch nicht, was die Konferenz mit Beziehung auf das erwähnte Gebiet beschließen wird; nur erinnert man sich daran, daß Fürst Bismarck in der Budgetkommission des deutschen Reichstages am 23. Juni d. Js. erklärte, Deutschland wäre bereit, die Gründung eines neuen Freistaates am Kongo zu unterstützen. Gelingt die Gründung dieses Staates, so wird es durchaus geboten sein, daß derselbe eine leichte Verbindung mit dem Ozean erhalte. Der Kongo ist nun aber bei niedrigem Wasserstande für große Schiffe nur bis Boma fahrbar, während ein wenig oberhalb Boma die Schwierigkeiten beginnen. Dies ergiebt sich deutlich aus dem Berichte, welchen Admiral Salmon am 22. März d. Js. an die englische Admiralität richtete. In dem englisch-portugiesischen Vertrage war vereinbart worden, daß der freie Transitverkehr zu Wasser bis nach Nokki hergestellt werden sollte; dies genügt jedoch nicht. Wenn die Diplomatie, die in Berlin an der Konferenz theilnehmen werde, die zukünftige Entwickelung des internationalen Handelsverkehrs mit Zentral-Afrika sichern wolle, so wird es von Nutzen sein, die Freiheit des Transitverkehrs auf dem Landwege an beiden Ufern des Flusses ebenso zu beschließen, wie auf dem Flusse selbst. Dies ist ein wichtiger Punkt für die Zukunft des Handels, und man muß hoffen, daß man diese Bedeutung nicht aus den Augen verlieren wird.“

Wie die „Times“ erfährt, soll England die Entscheidung über die Annahme der seitens Deutschlands ergangenen Einladung zur Kongo-Konferenz verschoben haben, bis die Frage weiter diskutirt sei. Die „Times“ billigt den Vorschlag, den Kongo einer internationalen Kommission zu unterwerfen, ist jedoch in Betreff des Niger, an welchem englische Unternehmer seit Langem interessirt seien, entgegengesetzter Ansicht.

Die Meinung der englischen Presse über die Konferenz ist getheilt. „Daily News“ begrüßen die Bismarck'sche Idee mit Freuden; ihre Ausführung schließt:

„Bedenkt man den Segen, den die europäische Zivilisation den Einwohnern Innerafrikas auf diesem Wege bringen wird, beispielsweise durch die endgültige und vollständige Beseitigung der Sklaverei, und daß zum ersten Male in der Geschichte die zivilisirten Nationen zur Aufgabe ihrer alten Eifersüchteleien in ihrem Verkehre mit barbarischen Rassen aufgefordert werden, so müssen wir die Konferenz als einen höchst hoffnungsvollen Zug in der laufenden festländischen Politik erblicken. Ueberdies ist die angeregte Aufstellung des großen Prinzips übereinstimmender Aktion der leitenden Nationen der Welt ein Fortschritt und eine Verheißung, die nicht zu hoch angeschlagen werden kann.“

„Pall Mall Gazette“ dagegen äußert sich sehr unwirsch; ihr zufolge nimmt das Programm der Konferenz täglich an Umfang zu. „Das Projekt gleicht nachgerade in verdächtiger Weise dem phantastischen Projekt des dritten Napoleon, einen internationalen Kongreß behufs allgemeiner Entwaffnung

und zur Herstellung des allgemeinen Friedens einzuberufen. Wird das Programm noch weiter ausgedehnt, so wird das Projekt wie eine Seifenblase platzen; das Schlimmste ist, es dürfte einfach zu dem Zweck entworfen worden sein."

— Die Verletzung des Amtsgeheimnisses, durch welche die provisorische Skizze der Neueintheilung der englischen Wahlkreise öffentlich bekannt wurde, soll Gegenstand einer gerichtlichen Verfolgung werden. „Daily News" versichern, der Entwurf sei noch nicht einmal von dem Ministerial-Komitee angenommen gewesen, er stelle lediglich den Vorschlag eines einzelnen Ministers dar. Der konservative „Standard", welcher die indiskrete Veröffentlichung brachte, redet indessen den Konservativen energisch zu, auf Grund des Entwurfs zu verhandeln. Im Uebrigen hat aber, wie schon der Exzeß in Birmingham beweist, die beiderseitige Erbitterung wieder zugenommen, namentlich seit Lord Salisbury in einer Rede zu Kelso die Einbringung eines solchen Entwurfes im Unterhaus für ungenügend erklärt hat. Die radikale Presse droht den Lords wieder mit einem Kampfe bis aufs Messer wider die Forterxistenz des Oberhauses. Bis jetzt übrigens ist das Zustandekommen eines Kompromisses noch keineswegs ausgeschlossen; die Stimmung kann noch mehrmals hin- und herschwanken, wie das in solchen Krisen meist der Fall ist.

— Die Engländer haben eine neue Station auf dem Wege nach ihrem indischen Reiche besetzt. Wie ein Telegramm aus Marseille meldet, nahmen nach dort eingegangenen Berichten die Engländer den Hafen Barberah, an der afrikanischen Küste im Golfe von Aden belegen, in Besitz. Die egyptische Garnison, siebenhundert Mann stark, kehrte auf einem englischen Dampfer heim. Barberah liegt gegenüber der Stadt Aden an der südlichen Küste des gleichnamigen Golfes und ist ein neuer englischer Querstrich durch die dortigen italienischen und französischen Stationen.

— Bei den gestrigen Staatswahlen für Ohio siegten die Republikaner mit einer Majorität von 16,000 bis 20,000 Stimmen. Nach den aus West-Virginien vorliegenden Wahlberichten erhielten die Demokraten eine Majorität von 5000 Stimmen. Der Ausfall der Wahlen in Ohio wurde mit besonderer Spannung erwartet, da im Falle eines demokratischen Sieges in diesem Staate die Blaine'sche Präsidentschaftskandidatur als verloren anzusehen gewesen wäre.

Ausland.

Paris, 14. Oktober. Die Eröffnung der parlamentarischen Session fand in der Deputirtenkammer vor ziemlich gefülltem Hause, im Senate vor leeren Bänken statt. Im Uebrigen verliefen die Sitzungen ohne besonderes Interesse.

Petersburg, 12. Oktober. Die Antwort der Regierung auf die Kiewer Studentenunruhen ist mit der ganzen Schärfe ausgefallen, wie man erwarten und befürchten mußte. Die Universität bleibt bis zum 1. Januar 1885 geschlossen, alle Studenten sind entlassen, werden auf keiner anderen Universität angenommen, und von denen, die sich zur Wiederaufnahme in Kiew melden, nur die durch eine zu diesem Zwecke berufene Kommission als zuverlässig erkannten wieder angenommen werden. Aber auch diesen wird die Periode der Schließung der Universität nicht in die akademische Zeit eingerechnet.

Die offizielle Bekanntmachung, welche diese Beschlüsse motivirt, hebt hervor, daß, wenn der Rektor gefehlt hat, dies in einem allzuweit getriebenen Entgegenkommen gegenüber den Studenten bestanden hat. Indessen waren die zwischen Rektor und Studentenschaft verhandelten Formfragen nicht die eigentlichen Gründe der Unruhen.

Alle Umstände, heißt es in dem Bericht, wiesen darauf hin, daß es sich nicht um das Studentenfest, nicht um Eingangsbillette, sondern einfach darum handelte, allgemein und zusammen dem offiziellen Festprogramm entgegenzutreten. In der Proklamation war die Rede „von der Verfolgung, welcher alles Ehrenhafte ausgesetzt sei", von der „Schließung und Sistirung der besten Journale und Bibliotheken" und daß in dieser Veranlassung auf der Jubiläumsfeier „Jemand sich aussprechen zu können gewünscht und gehofft hatte." In die Mitte der Studenten war klar absichtlich der Gedanke gebracht worden, das akademische Fest in eine regierungsfeindliche Demonstration umzuwandeln.

Von Interesse ist weiter die Beschreibung, welche von dem Verlauf der Unruhen selbst gemacht wird:

„Am 8. (20.) September verlief die Jubiläumsfeier vollständig programmmäßig und wurde die Ruhe in der Universität nicht gestört. Auf der Straße jedoch, neben dem 1. Gymnasium, hatte sich beim Beginn des Festaktes eine bedeutende Masse von Studenten und Neugieriger angesammelt. Einige hochgestellte Personen, welche diese Straße passirten, wurden mit Pfeifen und Lärm begleitet; selbst Steine, faule Aepfel und Holzstücke wurden nach ihnen geschleudert. Während des Festaktes zog ein lärmender Haufen durch die Straßen der Stadt unter Absingung revolutionärer Lieder, darunter ein Lied nach der Melodie der Nationalhymne. Der Haufen, der mehr und mehr anwuchs, kehrte dann wieder zur Universität zurück. Dem Haufen schloß sich allerhand Gesindel an, auch ziemlich viele junge Frauen, augenscheinlich Zuhörerinnen der höheren Frauenkurse. Der Haufen machte vor der Kette Halt, welche die Schutzmannschaft zu Pferde und zu Fuß zwischen dem Militärgerichtsgebäude und dem 1. Gymnasium bildete. Auf Rath der lokalen Behörden beschleunigte der Rektor den Schluß des Festaktus. Der Kurator, Rektor und Prorektor, sowie auch das Publikum beeilten sich, die Universität zu verlassen, und zwar auf der Straße, die entgegengesetzt der Seite lag, wo der Haufen stand.

Nach dem Festaktus, um 6 Uhr, versammelten sich beim Rektor zum Diner einige Professoren und Deputirte. Etwa um halb 8 Uhr vernahm man in der Wohnung des Rektors Lärm und das Herannahen eines großen Haufens. Darauf wurden durch die Fenster des Rektors zuerst kleine, dann aber immer größere Steine geworfen. Die Steinwürfe wiederholten sich immer mehr und mehr; die geworfenen Steine waren so groß, daß die Fensterrahmen zertrümmert wurden. Durch die Splitter wurde Professor Subotin an den Händen und am Gesicht und außerdem ein Diener verletzt. In Anbetracht der immer mehr wachsenden Erbitterung des Pöbels wußten der erschreckte Hausherr und die Gäste nicht, wo sie Schutz finden sollten; die kleinen Töchter des Rektors wurden von hysterischen Krämpfen befallen. Die Belagerung der Wohnung des Rektors dauerte etwa 20 Minuten.

Dieser Ueberfall konnte vollkommen ungehindert vollführt werden, da der Polizeisoldat, der auf Verfügung der Obrigkeit bei der Wohnung des Rektors aufgestellt war, augenscheinlich vom Haufen zurückgedrängt einen großen Umweg machen mußte, um das Polizeibureau von Lybedsk zu erreichen, wo für alle Fälle 60 Kosaken aufgestellt waren. Die Kosaken trafen jedoch erst ein, als der Tumult bereits aufgehört hatte und die Tumultuanten sich entfernt hatten. Niemand der Tumultuanten konnte verhaftet werden.

Die Exzesse am 8. September kamen übrigens nicht unerwartet. Bereits am Tage vorher hatte der Rektor Drohbriefe erhalten. In Bezug auf diesen Brief wie auch auf den Umstand, daß am Tage der Jubiläumsfeier, etwa um 5 Uhr Morgens, die Thüren zur Wohnung des Rektors mit Theer beschmiert und mit Petroleum begossen waren, war die Polizei benachrichtigt. In dem Haufen, der durch die Straßen zog, hörte man die Ausrufe: „Aufpassen! Um 6 Uhr ist auf der Kusnetschnaja etwas los!" Die Kusnetschnaja ist die Straße, in welcher der Rektor seine Wohnung hat. Am Abend um halb 7 Uhr bewegte sich, wie Augenzeugen berichten, auf der Straße vor der Universität ein großer Haufen, ein noch größerer Haufen sammelte sich auf dem Boulevard, vor dem Gebäude des ersten Gymnasiums. Es wurden Reden gehalten und Aufforderungen laut, sich in die Kusnetschnaja zu begeben. Die Absicht auf das Haus, in welchem der Rektor wohnte, war so allgemein bekannt, daß die Redaktion eines Blattes ihren Reporter abgeschickt hatte, um über die Vorgänge zu berichten. Dieser Reporter wurde unter der lärmenden Menge verhaftet und erst am anderen Tage freigelassen."

Aus dieser Fassung des Berichtes muß geschlossen werden, daß die Haltung der Behörden, namentlich des Generals Drentelen und des Polizeimeisters von Kiew die schärfste Verurtheilung hier gefunden hat; man darf der Entfernung derselben entgegensehen. In der That ist es geradezu unbegreiflich, daß man den Skandal zu einer solchen Höhe hat anwachsen und den Rektor ohne Schutz ließ. Man spricht hier von einem Zusammentreffen des Professors Subotin in Folge dieser Vorgänge am anderen Tage mit dem Adjutanten des Generals von Drentelen und mit diesem selbst, in welchem der Streit bis zu wechselseitigen Thätlichkeiten gegangen wäre.

Was wird nun, so fragt man sich, aus den Studenten, die in Folge dieser mehr wie kindischen Streiche aus der Reihe der Studenten gestrichen bleiben — denn die eigentlichen Anstifter haben sich, wie man aus dem Bericht herauslesen muß, der Nachforschung entzogen? Die Antwort liegt leider nur zu nahe — sie werden dem Abiturientenproletariat, der Hauptrekrutirungsstätte des Nihilismus, zufallen. Insofern wäre die Berechnung der Nihilisten, wenn diese hinter der Sache stecken, nicht schlecht gewesen. Um so mehr muß man wünschen, daß die Universitätskommission bei der Wiederzulassung mit Milde und Weitherzigkeit gegen die jungen Leute verfährt; diese haben jedenfalls eine ungemein ernste Verwarnung erhalten.

Kairo, 11. Oktober. Ueber das wirkliche Schicksal des Oberst Stewart herrschen noch immer Zweifel. Der Mudir von Dongola übermittelt heute Morgen telegraphisch die folgende Depesche von dem Unter-Mudir in Ambukol:

„Ein gewisser Faki Walad Ahmet, der glaubwürdig scheint, ist hier angekommen und sagt, er habe gehört, daß nach General Gordon's Rückkehr nach Khartum ein Dampfer mit 40 Mann an Bord, theils Europäer, theils Egypter, und außerdem 5 Neger und 3 Diener, in Salamat auf den Grund rannte, aber nicht scheiterte. Da die Bevölkerung, der das Schicksal Berber's nicht unbekannt war, sich sehr beunruhigt zeigte, begaben sich mehrere Personen von dem Dampfer an das Gestade, um die Eingeborenen mit der Versicherung zu beruhigen, daß sie nicht mit kriegerischen Absichten gekommen seien, sondern nur, um Kameele zur Reise durch die Wüste nach Merawi anzukaufen. Die Scheichs Soliman und Abu Noman, sowie der Oheim von Faki Osman übernahmen es, ihren Wünschen zu willfahren und stellten ihnen einen Führer. Auf die an Bord Gebliebenen machte diese Aufmerksamkeit einen solch' guten Eindruck, daß sie einen der Scheichs mit einem vergoldeten Säbel, den Oheim mit einem silbernen, und den Führer mit einem reich verzierten Anzuge beschenkten, worauf die Scheichs sie ersuchten, den Dampfer zu verlassen und ihre Gastfreundschaft anzunehmen, bis die Vorbereitungen zum Wüstenmarsche vollendet seien. Diese Einladung wurde angenommen und die ganze Gesellschaft betrat ein Haus. Hier wurden sie sämmtlich niedergemetzelt. Alsdann erstiegen die Scheichs mit ihren Leuten den Dampfer und setzten dort das blutige Werk fort, so daß von den 40 Personen nur 14 geschont wurden. Diese wurden als Gefangene fortgeführt. Ob unter ihnen Oberst Stewart oder überhaupt ein Europäer sich befindet, ist nicht bekannt. Morgen schiffen sich in Dongola Sir Charles Wilson, Oberst Colville und Major Slade nach Debbah ein. Von dort werden sie sich nach Merawi begeben und Einzelheiten über die Katastrophe zu erfahren suchen."

Seitdem der Mudir von Dongola, wie bestimmt versichert wird, zur Belohnung seiner Dienste zum künftigen Herrn des Sudan ausersehen ist, hat Zebehr Pascha sein Verhalten plötzlich geändert; früher wollte er nur nach Khartum gehen, wenn ihm England Sicherheit gegen jeden Schaden garantire und ihm reiche Unterstützung gewähre; jetzt will er ohne Geld und Garantie ganz allein dorthin gehen. Die englische Regierung hat sein Erbieten jedoch abgewiesen und ihn vielmehr unter genaue Beobachtung gestellt, da ihr ein Brief desselben an den Mahdi aus jüngster Zeit in die Hände gefallen ist, in welchem er diesen auffordert, im Kampfe gegen die Ungläubigen nicht zu erlahmen.

Neuesten Nachrichten zufolge ist die Herrschaft des Mahdi nördlich von Khartum gegenwärtig zu Ende. Südlich von dieser Stadt, sowie in Darfur und Kordofan hält die Bevölkerung immer noch zu ihm. Er kann dort immer noch eine Armee von 100,000 Mann auf die Beine bringen. Als stetes Gefolge hat er etwa 25,000 Mann bei sich, von denen etwa die Hälfte mit Remington-Gewehren bewaffnet ist. In Obeid befinden sich 40 Geschütze, darunter die vier Krupp'schen Kanonen, welche der Mahdi von Hicks Pascha erbeutet hat.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 16. Oktober. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten zu Grabow wurde zunächst von dem Kassen-Revisions-Protokoll vom 29. September Kenntniß genommen. Demnächst beschäftigte sich die Versammlung nochmals mit den Pachtbedingungen wegen Marktstandgeldes, welche bereits in letzter Sitzung zur Berathung standen. Bisher wurden durch die Marktstandsgelder bei Selbstbewirthschaftung seitens der Stadt nur 900 Mark Bruttoeinnahme erzielt und wurde in letzter Sitzung beschlossen, die Marktstandsgelder zu verpachten und zwar zu einer Minimalpachtsumme von 1200 Mark. Gestern lagen nun die Pachtbedingungen vor, auf Grund welcher die Marktstandsgelder vom 1. April 1885 bis dahin 1886 verpachtet werden sollen. Dieselben wurden nach kurzer Debatte genehmigt. — Für die im November d. J. vorzunehmende Stadtverordnetenwahl werden als Beisitzer die Herren Huth und Dittmer, zu deren Stellvertretern die Herren Carmosin und Schmidt gewählt. — Wegen Reinigung, Heizung 2c. der Magistrats-Bureaus werden die Kontrakt-Verhältnisse festgestellt. — In Betreff der bereits beschlossenen Emission von 120,000 Mark Stadt-Obligationen sind vom Magistrat die Bedingungen eingegangen und wurden genehmigt, gleichzeitig schlägt der Magistrat vor, eine Kommission von Stadtverordneten zu wählen, welche im Verein mit dem Magistrat festzustellen hat, in welcher Weise die Obligationen verausgabt werden sollen. Diese Vorlage wird angenommen. — Das im Frühjahr d. J. vom Magistrat und den Stadtverordneten beschlossene Regulativ wegen Abgabe für öffentliche Lustbarkeiten kann, wie der Minister des Innern durch ein Schreiben an den Magistrat mittheilt, nicht genehmigt werden, bevor nicht einige Abänderungen gemacht sind, so sollen die Ressourcen keine Aufnahme in dieses Regulativ finden, selbst wenn bei denselben Entree erhoben wird, ebenso wenig die „Vereine und Gesellschaften jeder Art", sofern dieselben nicht zum Zweck der Lustbarkeit zusammentreten. Der Magistrat hat das Regulativ demgemäß geändert und wurde das so geänderte Regulativ von der Versammlung genehmigt. Damit ist die öffentliche Sitzung geschlossen.

— Schwurgericht. — Sitzung vom 15. Oktober. — Anklage wider den Milchhändler Karl Dallmann wegen Nothzucht.

Die Anklage wurde mit Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt und endete mit der Freisprechung des Angeklagten.

— Dem Kaufmann Hermann Günther in Stettin ist das Exequatur als großherzlich badischer Konsul ertheilt worden.

— Die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Graßmann am Gymnasium zu Stolp zum Oberlehrer an derselben Anstalt ist genehmigt worden.

— Dem Chaussee-Aufseher Milstrei zu Stralsund und dem Chaussee-Aufseher a. D. Bullerjahn zu Alt-Warschow im Kreise Schlawe ist das allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

— Heute Abend wird auf der Grünhof Brauerei (Bock) der Reichstags-Kandidat der Handwerker, Herr Justizrath Küchendahl sprechen, morgen Abend in demselben Lokal in einer Versammlung der deutsch freisinnigen Wähler Herr Abgeordneter Rickert.

— Am Sonntag, den 19. d. M., veranstaltet die Jancoviuskapelle die ersten Konzerte im neuen Konzerthause. Die Kapelle ist wieder mit ganz vorzüglichen Musikern ausgestattet. Namentlich ist in Herrn Offeney, dem ersten Cellisten, eine bedeutende Kraft gewonnen. Herr Offeney gedenkt übrigens die Konzerte mit öfterem Solovortrage auszuschmücken. Die Konzerte finden regelmäßig Sonntags — bei 75 Pf. Entree — Dienstags und Freitags statt, und zwar sollen Dienstags klassische Sachen vorherrschend sein. Da jedoch die Miethe des Saales die Einnahme der Musiker nicht unwesentlich schmälert, so ist Herr Jancovius gezwungen, das Entree etwas höher zu stellen.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Der Salontyroler." Lustspiel in 4 Akten.

Vermischte Nachrichten.

— (Die zusammengewachsenen Schwestern.) Die Pariser „Nature" bringt eine interessante wissenschaftliche Beschreibung des zusammengewachsenen böhmischen Schwesternpaares Rosa und Josepha Blazek. Dasselbe war, als es zur Welt kam, Rücken an Rücken gewachsen; die Unbequemlichkeit dieser Stellung bewirkte indeß, daß sich beide Schwestern allmälig einander zuwandten, jede um drei Viertel nach derselben Seite, wie die andere. Infolge der langen Gewöhnung stehen sie nun fast nebeneinander, so daß man beim ersten Blick ihre anatomische Gestaltung gar nicht gewahr wird. Sie können einander ohne Anstrengung auf die Wange küssen. Da sie immer nach einer Richtung gehen und nach der andern sich setzen, so hat das Ganze beider Personen eine Vorder- und eine Rückseite; ihre Beine sind paarweise gruppirt: zwei Vorder- oder innere, zwei Hinter- oder äußere Beine. Wenn sie gehen oder laufen wollen, so bewegen sie zuerst die 2 Vorderfüße, stützen sich auf dieselben und ziehen dann die beiden Hinterfüße nach. Sie haben nur einen gemeinschaftlichen After, hingegen die anderen Mündungen des Beckens sind doppelt. Von Gesicht sehen sich beide Schwestern sehr ähnlich. Beide sind sehr lebhaft, heiter und schalkhaften Temperaments, eine jedoch mehr als die andere. Ihre Köpfe sind nicht symmetrisch, sondern an den Theilen, die einander zugewandt sind, abgeplattet. Jeder der beiden Köpfe kann an einen anderen Gegenstand denken. Oft schläft eine Schwester, während die andere wacht; ja man behauptet sogar, das sei die Regel. Die Mägen beider sind natürlich gesondert; jede empfindet daher Hunger für sich. Auch alle anderen Bedürfnisse machen sich besonders geltend, ausgenommen dasjenige, dessen Gemeinsamkeit durch den gemeinsamen anus bedingt ist.

— (Kinderarbeit.) Eine beachtenswerthe Verfügung traf die königliche Regierung zu Merseburg: „Die Landwirthe, welche sich schulpflichtiger Kinder bedienen, haben es so viel als möglich einzurichten, daß die Kinder nicht mit Erwachsenen und daß Knaben und Mädchen nicht durcheinander, sondern nach Geschlechtern getrennt arbeiten. Jedenfalls müssen Knaben und Mädchen getrennt sein, wenn sie mit Wagen zur Arbeitsstelle befördert und zurückgebracht werden. Wird dies nicht beachtet, so ist die Erlaubniß, schulpflichtige Kinder zur Feldarbeit zu verwenden, zu versagen. Die Lehrer und Schulaufseher haben hierüber zu wachen."

— Im Einjährig-Freiwilligen-Examen stellte ein Examinator an den Kandidaten die Frage: Welches sind die neuesten Erzeugnisse humoristischen Inhalts in der deutschen Literaturgeschichte?" Dem Examinirenden fiel durchaus kein Name eines humoristischen Klassikers der neuesten Zeit ein, um die Antwort nicht schuldig zu bleiben, antwortete er unter homerischem Gelächter der Prüfungskommission: „Die Münchener Fliegenden Blätter."

— (Neuer Ausdruck.) Vorsitzender: Der Kläger hat sich über einen von Injurien strotzenden Brief des Geklagten bei der kompetenten Behörde beschwert. Besagter „Briefbeschwerer" wird hiermit aufgefordert, nähere Details anzugeben!

— (Aushülfe.) Chef: „Bevor ich Sie engagire, muß ich unter Anderem auch bemerken, daß mein Haus Punkt zehn Uhr Abends geschlossen wird." — Junger Mann: „Das macht nix — wenn Ihr Haus nur frühzeitig wieder aufgemacht wird."

— (Ein Kuß.) Aus einem amerikanischen Roman: „Es war Nacht; das liebeglühende Paar stahl sich aus dem Glanz des Mondes unter den Schatten einer Linde. Als ihre Lippen sich berührten, gab es einen wonnigen Laut, als wenn eine Kuh den Hinterfaß aus dem Sumpfe herauszieht!!!"

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 15. Oktober. Der Landgraf Friedrich von Hessen ist heute früh hier gestorben.

Brüssel, 15. Oktober. In Folge des Verhaltens der Führer der Radikalen zu den Arbeiter-Verbindungen haben diese sich entschlossen, auf einen Wahlkampf am 19. d. M. zu verzichten und keine Arbeiter-Kandidaten der von der liberalen Vereinigung aufgestellten Liste entgegenzustellen.

Petersburg, 15. Oktober. Auf den erstatteten Bericht von der vollzogenen Kiellegung der Panzerschiffe „Katharina", „Tschesme" und „Sinope" und der Grundsteinlegung der Sewastopoler Trockendocks hat der Kaiser folgendes Telegramm an den General-Admiral Großfürsten Alexis gerichtet: „Ich danke für den Bericht und freue mich der begonnenen Wiedergeburt der Flotte für das Schwarze Meer. Gebe Gott ihr den Geist der alten braven Flottenmannschaft, damit sie dem Vaterlande treu und würdig diene." Das Telegramm wird durch Tagesbefehl des General-Admirals bekannt gemacht.

Konstantinopel, 14. Oktober. Die Pforte hat dem französischen Botschafter Marquis von Noailles davon Mittheilung gemacht, daß bis zum Abschluß eines neuen Vertrages der Tarif von 8 Prozent ad valorem für französische Einfuhrartikel in Anwendung gebracht werden würde.

Konstantinopel, 14. Oktober. Die Einnahmen der türkischen Tabaks-Regie-Gesellschaft betrugen in der Zeit vom 1. bis zum 14. Oktober 1884 4,800,000 Piaster.

Rom, 14. Oktober. Von morgen ab sollen hier die in Folge der Cholera angeordneten Räucherungen aufgehoben werden, nur für die Provenienzen aus Neapel bleiben dieselben noch bestehen.

Das Konsistorium ist auf den 10. November verschoben worden.

Newyork, 15. Oktober. Der bisherige erste Assistent im Postdepartement, Frank Hatton, ist zum Generalpostmeister ernannt worden.